

21.06.2022

# Antrag

der Fraktion der SPD

## **Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Universitätskliniken in NRW – Die Landesregierung muss die Refinanzierung des ‚Tarifvertrags Entlastung‘ zusichern!**

### **I. Ausgangslage**

Gute Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung für eine gute Gesundheitsversorgung. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten in den sechs Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies betrifft als größte Berufsgruppe die Pflegekräfte, genauso aber auch die Therapieberufe, die Funktionsdienste, die Servicekräfte, die Transport- und Lagerdienste sowie das Verwaltungspersonal.

Vor diesem Hintergrund fordern die Beschäftigten der sechs Universitätskliniken in NRW, Bonn, Aachen, Köln, Düsseldorf, Essen und Münster zusammen mit der Gewerkschaft ver.di seit Monaten einen Tarifvertrag Entlastung. Dieser soll sicherstellen, dass verbindliche Personalbemessungen für alle Arbeitsbereiche gelten, ein Belastungsausgleich für unterbesetzte Schichten eingeführt wird und sich die Situation der Auszubildenden signifikant verbessert. Seit Monaten laufen deswegen umfangreiche Streikmaßnahmen der Beschäftigten an den sechs Standorten. Die Unikliniken unterstehen der politischen Verantwortung und Kontrolle des Landes Nordrhein-Westfalen. Bereits Ende Januar setzten rund 700 Beschäftigte der Universitätskliniken zusammen mit ver.di ein 100-Tage-Ultimatum, das am 1. Mai endete.<sup>1</sup> Die Landesregierung hat nicht rechtzeitig reagiert und die Frist verstreichen lassen. Den nun anhaltenden Arbeitskampf und dadurch verursachten Notbetrieb in den Kliniken hat sie daher mitzuverantworten. Noch acht Tage vor der Landtagswahl, am 7. Mai, demonstrierten Beschäftigte der Unikliniken vor dem Landtag und bekräftigten ihre Forderungen.

Inzwischen fanden mehrere Gespräche von ver.di und Arbeitgeberseite statt, allerdings ohne konkrete Ergebnisse.<sup>2</sup> Aufgrund ihrer Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband der Länder (AdL) konnten die Universitätskliniken bislang keine eigenständigen Tarifverhandlungen führen. Damit die Klinikleitungen diese führen können, hat die Landesregierung nun eine Formulierungshilfe für die Änderung des Hochschulgesetzes beschlossen.<sup>3</sup> Durch die geplante Gesetzesänderung soll den sechs Universitätskliniken der Austritt aus dem Arbeitgeberverband des

---

<sup>1</sup> [https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-beschaefigte-der-uniklinik-fordern-tarifvertrag-entlastung\\_aid-67141707](https://rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/duesseldorf-beschaefigte-der-uniklinik-fordern-tarifvertrag-entlastung_aid-67141707)

<sup>2</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/streik-unikliniken-100.html>

<sup>3</sup> <https://www.mags.nrw/pressemitteilung/entlastung-der-pflegekraefte-landesregierung-legt-vorschlag-zur-aenderung-des>

Landes (AdL NRW) ermöglicht werden, damit sie eigenständig einen Tarifvertrag aushandeln können. Die inzwischen interfraktionell geplante Initiative kann aber nur ein Teil der Lösung sein.

Neben der vorgeschlagenen Hochschulgesetzesänderung muss das Land die Refinanzierung des Tarifvertrags Entlastung (TVE) übernehmen, um zu einer schnellen Lösung des Konflikts beizusteuern. Nur so kann sichergestellt werden, dass der Arbeitskampf zügig beigelegt wird und die sechs Universitätskliniken schnell wieder in den Normalbetrieb wechseln können. Vorläufiger Höhepunkt im Tarifstreit ist der vom Arbeitsgericht Bonn abgewiesene Eilantrag der Universitätsklinik Bonn (14. Juni), die den andauernden Streik rechtlich unterbinden wollte. Dem Urteil zur Folge sind die Streiks rechtmäßig, und die Anliegen und Forderungen der Streikenden tarifierbar.<sup>4</sup> Für diese neue Eskalationsstufe trägt die Landesregierung eine Mitverantwortung. Zum Wohle der Beschäftigten als auch der Patientinnen und Patienten, muss die Landesregierung deswegen die Refinanzierung nun schnell zusichern.

Die Refinanzierung bezieht sich insbesondere auf die entstehenden Mehrkosten für gute Arbeitsbedingungen im nicht-pflegerischen Bereich. Die Landesregierung muss die Ausfinanzierung des Tarifvertrags Entlastung für den Bereich sicherstellen, der nicht durch die bestehende duale Krankenhausfinanzierung sichergestellt wird. Seit die Personalkosten für Pflege auf Bundesebene aus den Fallpauschalen (DRGs) herausgenommen wurde, werden Pflegepersonalkosten von den Krankenkassen refinanziert.<sup>5</sup> Die Personalkosten anderer Arbeitsbereiche sind damit allerdings nicht abgedeckt. Das Land steht in der Pflicht für eine Entlastung aller Berufsgruppen zu sorgen. Das lang erwartete erste Angebot der Arbeitgeber vom 11. Juni sieht aber lediglich Entlastungstage für die Pflege vor.<sup>6</sup> Eine dadurch drohende Spaltung in der Belegschaft muss unter allen Umständen verhindert werden. Es ist daher dringend erforderlich, dass eventuell entstehende Defizite und steigende Personalkosten in anderen Arbeitsbereichen, die den Unikliniken durch den Tarifvertrag Entlastung (TVE) entstehen, durch das Land ausgeglichen werden. Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hatte noch kurz vor der Landtagswahl seine Unterstützung hierfür zugesichert.<sup>7</sup> Dies muss die Landesregierung nun zügig transparent und planungssicher im Landeshaushalt verankern und ihre Versprechen von vor der Wahl einhalten. Je schneller die Landesregierung die Refinanzierung des Tarifvertrags Entlastung zusichert, desto schneller kann dieser Konflikt gelöst werden.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

1. Die geplante Hochschulgesetzesänderung ist ein erster Schritt, um den Tarifvertrag Entlastung auf rechtlicher Ebene zu ermöglichen.
2. Es ist zu erwarten, dass die nicht-pflegerischen Personalkosten nicht ausreichend durch die Universitätskliniken refinanziert werden können.

---

<sup>4</sup> <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/135113/Streikaufrufe-am-Uniklinikum-Bonn-weiter-zulaesig?rt=ed98b2e1bef3c6d42c84a1a27cc7dabc>

<sup>5</sup> <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/krankenhausfinanzierung.html>

<sup>6</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/verdi-nennt-angebot-der-unikliniken-mogelpackung\\_aid-71135709](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/verdi-nennt-angebot-der-unikliniken-mogelpackung_aid-71135709)

<sup>7</sup> <https://www.verdi.de/themen/nachrichten/++co++a1ef63b8-ca17-11ec-94f1-001a4a16012a>

**III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,**

den sechs Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen zuzusichern, dass das Land die vollständige Refinanzierung des Tarifvertrags Entlastung sicherstellt und die Refinanzierung des Tarifvertrags Entlastung planungssicher und transparent im Landeshaushalt verankert.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Lisa-Kristin Kapteinat

und Fraktion